

AIHK MITTEILUNGEN

Wirtschaftspolitisches Mitteilungsblatt für die Mitglieder der AIHK



Peter Lüscher, lic. iur.
Geschäftsführer der AIHK, Aarau

Industrie 4.0 geht alle an

Liebe Leserinnen und Leser

Das Schlagwort Industrie 4.0 ist auf allen Kanälen präsent. Was dahinter steckt, ist allerdings vielen (noch) nicht bekannt. Zu Industrie 4.0 gibt es keine einheitliche, sondern mehr als hundert verschiedene Definitionen. Industrie 4.0 steht nach unserem Verständnis für eine vollständig digitalisierte Abbildung der Wertschöpfungskette einer Firma. Geräte, Maschinen und Materialien kommunizieren miteinander und ermöglichen so einen reibungslosen Ablauf und letztendlich die optimale Losgrösse von einem einzigen Produkt. Das stellt nach den drei vorgängigen – Mechanisierung, industrielle Massenfertigung und Einzug des Computers – die vierte industrielle Revolution dar.

AIHK und Fachhochschule unterstützen mit ihrer gemeinsamen Technologietransferstelle FITT die aargauischen Unternehmen aktiv bei der Entwicklung und Umsetzung von Industrie-4.0-Konzepten. Wir tun dies im Rahmen unserer Veranstaltungsreihe FITT-update, die 2015 dem Thema gewidmet ist, mit Informationen in unserem aktuellen «AIHK Magazin» sowie durch Beratungen und Vermittlung des FITT. Liebe Unternehmerinnen und Unternehmer, wagen Sie mit Industrie 4.0 den Schritt in die Zukunft und sichern Sie sich damit Ihre Wettbewerbsfähigkeit. Liebe Politikerinnen und Politiker, das Thema ist für die Wirtschaft wichtig. Die Politik kann zum guten Gelingen einen grossen Beitrag leisten: die Unternehmen in Ruhe arbeiten lassen. Es braucht weder neue Subventionstöpfe noch neue Regulierungen für Industrie 4.0.

Eine starke AIHK für eine starke bürgerliche Politik

An der Generalversammlung der AIHK im Sport- und Erholungszentrum Tägerhard in Wettingen begrüsst Präsident Daniel Knecht neben Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedfirmen auch zahlreiche Gäste aus der Politik. In seiner Ansprache lobte Knecht den hartnäckigen Einsatz der Aargauer Unternehmerinnen und Unternehmer für den Wohlstand aller. Mit Blick auf die kommenden Abstimmungen und anstehenden Wahlen im Herbst fiel die hier dokumentierte Präsidialansprache pointiert politisch aus. > Seite 46

Nachgefragt bei Prof. Dr. Kathrin Altwegg

Im Anschluss an den ordentlichen Teil der Generalversammlung kamen die Gäste in den Genuss eines Referats von Prof. Dr. Kathrin Altwegg. Die AIHK hat bei der erfolgreichen Astrophysikerin nachgefragt. > Seite 49

Strategie zur «Quadratur des Kreises» nötig

Seit die Masseneinwanderungsinitiative im Februar 2014 angenommen wurde, wird über deren Umsetzung debattiert. Am 28. Mai 2015 endete die Vernehmlassungsfrist zum bundesrätlichen Umsetzungsvorschlag. Dabei hat auch die AIHK, welche die Initiative aktiv bekämpft hatte, Stellung genommen. Keine einfache Vorlage, schliesslich lauern innen- als auch aussenpolitische Stolpersteine. Es bedarf daher einer durchdachten Strategie. > Seite 50

«Es ist ein tolles Gefühl, sein eigener Chef zu sein»

Sie sind innovativ, couragiert und manchmal auch ein bisschen verrückt – Jungunternehmer. Unsere Wirtschaft ist auf den Erfindergeist und das Engagement neuer Marktteilnehmer angewiesen. Die AIHK hat sich im Kreise ihrer Mitglieder umgehört und wollte wissen, was die Jungunternehmer antreibt, welche Klippen sie zu umschiffen haben und welche Ziele sie verfolgen. Heute im Fokus ist die IM Sibold GmbH mit Geschäftsführer Beat Sibold. > Seite 52

GENERALVERSAMMLUNG 2015



WIRTSCHAFTSPOLITIK POSITIONEN RECHTSBERATUNG AR
EDER VERNETZEN AUSGLEICHSKASSE AHV KINDERZULAGE
INFORMATIONEN WISSENSTRANSFER SEMINARE WIRTSCHA
WERKANLÄSSE ERFAHRUNGSAUSTAUSCH TECHNOLOGIEBER

Von Wirtschaft bis Weltraum

Die AIHK-Generalversammlung findet traditionellerweise jeweils am Donnerstag vor Pfingsten statt. So freute sich Präsident Daniel Knecht, am 21. Mai mehr als 400 Personen im Sport- und Erholungszentrum Tägerhard in Wettingen begrüßen zu dürfen. Nach dem ordentlichen Teil kamen die Anwesenden in den Genuss einer kleinen Reise durch Raum und Zeit – als Gastreferent konnte nämlich niemand Geringerer als Astrophysikerin Prof. Dr. Kathrin Altwegg gewonnen werden.



Daniel Knecht, Präsident der AIHK

Eine starke AIHK für eine starke bürgerliche Politik

An der Generalversammlung der AIHK im Sport- und Erholungszentrum Tägerhard in Wettingen begrüsst Präsident Daniel Knecht neben Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedfirmen auch zahlreiche Gäste aus der Politik. In seiner Ansprache lobte Knecht den hartnäckigen Einsatz der Aargauer Unternehmerinnen und Unternehmer für den Wohlstand aller. Mit Blick auf die kommenden Abstimmungen und anstehenden Wahlen im Herbst fiel die hier dokumentierte Präsidialansprache pointiert politisch aus.

Kürzlich sind wir Schweizer Weltmeister geworden. Und zwar in einer Disziplin, in der wir es uns selbst wohl am allerwenigsten zugetraut hätten. Die UNO hat uns zum glücklichsten Land der Welt gekürt.

Das hat mit Wirtschaft und Wohlstand zu tun, also mit Ihnen und Ihrem Wirken, geschätzte Unternehmerinnen und Unternehmer. An diesem Glück schmieden Sie mit Ihrem Einsatz und dem Schaffen und Erhalten von Arbeitsplätzen tagein tagaus. Das ist Ihr, das ist unser Beitrag zum Glück der Gemeinschaft. Dafür danke ich Ihnen.

Globale Probleme betreffen auch den Aargau

Ohne Sorgen sind wir aber nicht: Die Probleme der Weltwirtschaft sind weiterhin ungelöst und sie wirken sich bis in den Aargau aus. Die fast flächendeckende Überschuldung der Industriestaaten schafft neue Realitäten, wie wir sie noch vor kurzer Zeit nicht für möglich gehalten haben. Der Steuerdruck zur Refinanzierung nimmt zu. Die OECD entwickelt sich mehr und mehr zum Steuerkartell der überschuldeten Industriestaaten. Deren Nationalbanken monetarisieren die Schulden und überschwemmen im Wettbewerb die Finanzsysteme weiterhin mit frisch gedrucktem Geld. Das Ergebnis sind nicht nur die Nullzinsen, nein, grosse Guthaben werden sogar mit Negativzinsen belastet. Die NZZ sprach in diesem Zusammenhang gar von «monetärem Harakiri».

Den grossen Religionen ist gemeinsam, dass gutes, redliches Handeln belohnt, böses bestraft wird. Deshalb sollte es eben besser sein, gut zu handeln, um belohnt zu werden. Der Kapitalismus ist – hoffentlich für uns in diesem Saal – zwar keine Religion. Ein Betriebssystem ist er aber alleweil, und die Marktwirtschaft funktioniert mit Belohnung und Bestrafung. Die Bestrafung – den Konkurs – haben wir für Staaten, und für

«Erfolg der Unternehmen ist die Basis des Wohlstandes»

etliche grosse Firmen mit der Begründung des «too big to fail», allerdings abgeschafft. Jetzt wurde aber für das Fussvolk auch noch die Belohnung für Konsumverzicht und Sparsamkeit, abgeschafft: Kein Zins mehr oder Kapitalertrag. Mit den Nullzinsen wird der Sparer bestraft! Wie soll er da den Glauben an einen funktionierenden Kapitalismus bewahren?

Es stellen sich weitere philosophische Fragen, was Geld denn eigentlich ist oder sein soll. Und es ist nicht erstaunlich, dass ein jeder versucht, sich und die seinen zu schützen. Er flüchtet in sicher geglaubte Werte, in so genannte «safe havens», unter anderem in den Franken. Dies führt zum aktuellsten Problem der Schweizer Wirtschaft, der anhaltenden Frankenstärke.

Aber auch unser ungeklärtes Verhältnis zu Europa macht unsere Aufgabe nicht einfacher. Grosse Sorgen bereiten auch jene wirtschaftsfeindlichen Kräfte, die

mit Initiativen wie Erbschaftssteuer, bedingungslosem Grundeinkommen oder AHVplus das Erfolgsmodell Schweiz ins Wanken bringen wollen. Regulierungswut und Gerechtigkeitswahn grassieren weiter.

Hausaufgaben selber machen

Vier Monate sind seit dem 15. Januar vergangen. Auch unter unseren Mitgliedern gehen die Einschätzungen über die Auswirkungen dieses Entscheides weit auseinander. Klar ist, dass sich allen umfangreiche Hausaufgaben stellen. Sie müssen jetzt, und selber, gemacht werden. Ich möchte davor warnen, auf die Hilfe des Staates zu warten. Der Staat weiss und kann es auch nicht besser.

Stabilität und mit ihr die Vorhersehbarkeit der Rahmenbedingungen wäre entscheidend für die mittel- und längerfristige Entwicklung unserer Unternehmen. Ihr Erfolg ist die Basis des Wohlstands des Landes – und damit des Glücks aller. Die Rückkehr zur Stabilität lässt wohl weiter auf sich warten. Damit müssen wir leben.

Für einen Teil der Exportindustrie – natürlich auch für deren Zulieferer – ist die aktuelle Situation dramatisch. Ein Rückgang der Exporte um 1,4 Prozent – und nach Europa sogar um ganze 5 Prozent – wie er im ersten Quartal 2015 gemessen, das geht nicht spurlos vorbei. Ein anderer Teil unserer Exportindustrie – hoffentlich die grosse Mehrheit – hält die massive Aufwertung



Die Anträge des Vorstandes wurden von der Generalversammlung genehmigt.



Präsident Daniel Knecht sprach den mehr als 1600 Mitgliedunternehmen und den Politikerinnen und Politikern einen grossen Dank für ihr Engagement für die Wirtschaft aus.

gegenüber dem Euro glücklicherweise für verkräftbar. Das ist ein Beweis für die hohe Innovationskraft und Kreativität der Schweizer Wirtschaft und der KMU – und es ist Beleg für Ihren hartnäckigen und erfolgreichen Einsatz!

Negativzinsen belasten Volkswirtschaft

Neben der Frankenstärke belasten die Negativzinsen. Daniel Kalt, Chefökonom der UBS, sagte denn auch vor einigen Wochen in Aarau, dass die Negativzinsen, die seit dem 15. Januar gelten, für die Volkswirtschaft wohl schädlicher seien als der überbewertete Franken. Die Negativzinsen führen bei den Pensionskassen zu einer zusätzlichen Belastung des Rentensystems. Als die 2. Säule angelegt wurde, ging man von einer Rendite von mindestens 4 Prozent der angelegten Gelder aus. Von einer solchen Rendite – man sprach damals sogar vom dritten Beitragszahler! – kann man heute nur noch träumen.

Je nach Branche und Exportanteil sind die Auswirkungen der Frankenstärke ja auch unterschiedlich. Was aber alle trifft: wegen der unsicheren geldpolitischen Lage fehlt uns die Planungssicherheit.

Neben der Frankenstärke wirken sich auch globale Entwicklungen negativ auf die Wirtschaft aus. Ob wir es wollen oder nicht, auch unser Kanton ist ein Spielball der internationalen Kräfte. Die

Unruhen zwischen Russland und der Ukraine, die griechische Tragödie und die Wachstums- und Verschuldungsprobleme vieler EU-Staaten – sie alle bremsen auch unsere Wirtschaft. Ebenso wie die Entwicklung in China, wo die Wirtschaft nicht mehr so rasant wächst wie früher. Auch mit der Entwicklung in den USA scheint es wieder zu harzen. Einziger Lichtblick ist Deutschland, wo es der Wirtschaft deutlich besser geht, als noch vor wenigen Wochen erwartet.

Und neue Märkte? Mit dem starken Franken ist deren Erschliessung auch nicht einfach. Da braucht es unsere, Ihre, hartnäckigen unternehmerischen Anstrengungen, damit uns das Glück treu bleibt.

Zuversicht dank unternehmerischer Fitness

Trotzdem: Ich bin zuversichtlich. Wir haben ja auch die letzte, noch höhere Aufwertung von 1.50 Franken auf 1.20 gegenüber dem Euro überstanden; und gut überstanden. Mehr noch: Bei 1.20 verzeichnete die Schweizer Wirtschaft den höchsten Aussenhandelsüberschuss pro Kopf in ganz Europa. Unsere Exportunternehmen sind fit und es gewohnt, ihre Fitness ständig zu steigern. Unsere Mitarbeiter ziehen mehrheitlich mit und ich danke ihnen dafür. Wie agil und fit Sie unternehmerisch sind, haben Sie bereits bewiesen und beweisen es mit Ihrem Engagement – Tag für Tag aufs Neue.

IMPRESSIONEN

AIHK-Generalversammlung 2015

Hochkarätige Gäste aus Politik und Wirtschaft durften AIHK-Präsident Daniel Knecht und Geschäftsleiter Peter Lüscher zur diesjährigen Generalversammlung willkommen heissen. Einige Schnappschüsse vom gelungenen Netzwerkanlass wollen wir Ihnen nicht vorenthalten.



(Bilder: SU Productions)

Weitere Impressionen: www.aihk.ch/gv

NICHT VERPASSEN

AIHK-Generalversammlung 2016

Reservieren Sie sich den Termin für die nächste Generalversammlung bereits heute:

**Donnerstag, 12. Mai 2016,
16.00 bis 19.30 Uhr**

Kehrseiten gibt es allerdings auch: Was tut ein Unternehmen im Margendruck, um seine Fitness zu steigern? Es automatisiert, nimmt Verlagerungen vor und belässt nur noch die hochqualifizierten Arbeitsplätze in der Schweiz. Das hat dann vor allem für Schlechtqualifizierte schwerwiegende Folgen. Um sie mache ich mir Sorgen. Denn bei ihnen findet jetzt der stille Abbau statt, der dann volkswirtschaftliche Konsequenzen haben wird. Darum stellt sich die Frage: Wie können wir die Niedrigqualifizierten in der Arbeit halten oder wieder in den Arbeitsmarkt integrieren?

Duales Bildungssystem als Erfolgsfaktor stärken

Da ist die Politik gefordert, womit ich beim zweiten Teil meiner Rede bin:

Das duale Bildungssystem muss gestärkt werden. Nötigenfalls ressourcenmässig zu Lasten der Gymnasien oder der Hochschulen. Unsere Firmen brauchen gut ausgebildete Fachleute. Morgen noch viel mehr als heute. Wir brauchen Leute mit praktischer Berufsausbildung. Sie erst transformieren Forschungsergebnisse zu marktfähigen Produkten. Das müssen wir noch besser bekannt machen. Die AIHK leistet ihren Beitrag dazu mit Berufsbildungszertifikaten. Als neue Dienstleistung stellen wir für Lehrabgänger von Mitgliedsunternehmen Zertifikate aus, die in englischer Sprache erläutern, was diese wissen und können.

Wie die offenen Märkte oder die vernünftigen Steuern, gehört das duale Bildungssystem zu den Erfolgsfaktoren der Schweiz. Es ist kein Zufall, dass die Jugendarbeitslosigkeit in den Ländern mit dualem Bildungssystem am tiefsten ist – mit einer guten Bildung kann jeder seines Glückes Schmied sein.

Einheimisches Potential an Arbeitskräften nutzen

Eine Bildungsoffensive braucht es aber auch, um dem einheimischen Fachkräftemangel zu begegnen, der die Zuwanderung in den letzten Jahren hat anschwellen lassen. Damit wir das

inländische Potential an Arbeitskräften besser nutzen können, braucht es zusätzliche Qualifikationen für Niedrigqualifizierte, für Wiedereinsteigerinnen und für ältere Arbeitnehmer. Damit wieder mehr einheimische Arbeitskräfte am Arbeitsmarkt teilneh-



Hochkarätige Gäste: AIHK-Geschäftsleiter Peter Lüscher, Regierungsrat Stephan Attiger, AIHK-Präsident Daniel Knecht, Gastreferentin Prof. Dr. Kathrin Altwegg sowie Landammann Urs Hofmann und Regierungsrat Alex Hürzeler. (Bilder: SU Productions)

men, braucht es auch Massnahmen über den Bildungsbereich hinaus, zum Beispiel für die Kinderbetreuung.

Wenn im Jahr nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative immer noch 80 000 Menschen in unser Land eingewandert sind – und das ist die Nettozahl – dann ist das aus meiner

«Die bilateralen Verträge sind matchentscheidend»

Sicht kein Ruhmesblatt für die Wirtschaft. Es ist aber auch alles andere als ein Ruhmesblatt, dass Bern offensichtlich immer noch nicht weiss, wie es hier weitergehen soll. Wichtig bleibt, dass wir mit der EU eine Einigung finden. Vielleicht braucht es dazu mehr als drei Jahre. Entscheidend ist aber, dass wir am Ende ein gutes Resultat haben, eines, auf das wir uns verlassen können. Ich zähle da auf das Augenmass aller Beteiligten.

Es ist für unsere Wirtschaft matchentscheidend, dass wir die Bilateralen Verträge behalten. Sie garantieren unseren ausgezeichneten Zugang zum europäischen Markt. Wenn diese Verträge wegfallen, bedeutet das mit Sicherheit

mehr Regulierung für alle jene, die im Handel mit Europa tätig sind.

Die nationale Politik sieht unsere Probleme durchaus. Sie will auch helfen. Aber am besten würde sie helfen, wenn sie uns Unternehmer jetzt unsere

Hauptarbeit machen liesse, nämlich uns auf Märkte und Kunden zu konzentrieren und uns administrativ zu entlasten.

Aktive bürgerliche Politik soll Unternehmen entlasten

Gelegenheiten dazu hätte sie bei der Einführung des Einheitssatzes in der Mehrwertsteuer; mit einer echten Vereinfachung der Arbeitszeiterfassung, die weitergeht als das, was zurzeit in Diskussion ist und schliesslich beim Verzicht auf den teuren «Swiss finish» zum Beispiel im Bankengesetz. Und, wo bürgerliche Politik wirklich aktiv etwas gegen die Überregulierung tun kann: Sorgen Sie für weniger Belastungen durch Kontrollen in den Betrieben! Ich verzichte auf eine endlos lange Aufzählung, aber vor lauter Kontrollen wissen nicht einmal mehr die Kontrolleure, wer für was zuständig ist. Das muss sich ändern.

Ein weiteres für die Wirtschaft wichtiges Thema der Politik ist die Unternehmenssteuerreform III: Wir unterstützen den Bundesrat beim Verzicht auf die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer. Verzichten sollte die Politik insbesondere aber auch auf die neuen

Rechnungslegungsvorschriften in der Aktienrechtsreform. Und verzichten können wir alle drittens auf ein weiteres, ungezügelttes Wachstum des Staates – und zwar sowohl bei Bund und Kanton. Das bedeutet ganz konkret, für den Aargau: die Gesundung der Staatsfinanzen hat einnahmeseitig zu erfolgen. Und der innerkantonale Finanzausgleich darf nicht auf dem Buckel der Wirtschaft stattfinden.

Vertrauen zurück gewinnen

Dass die Minder-Initiative, die Zweitwohnungsinitiative und die Masseneinwanderungsinitiative angenommen wurden, hat auch damit zu tun, dass Wirtschaft und Politik von einem Teil unserer Bevölkerung nicht mehr so positiv wahrgenommen werden wie früher. Hier müssen wir Gegensteuer geben. Wir müssen das Vertrauen zurück gewinnen.

Dafür braucht es eine starke AIHK und dafür braucht es auch die tatkräftige Unterstützung von Ihnen als Unternehmerinnen und Unternehmer. Niemand

Abstimmung kommt und gegen die sich die AIHK sehr stark engagiert. Die Erbschaftsteuer schadet den Familienunternehmen und gefährdet die KMU. Es ist darum sehr wichtig, dass diese gefährliche Initiative deutlich abgelehnt wird. Auch die anderen wirtschaftsrelevanten Vorlagen vom nächsten Abstimmungstermin, nämlich das neue Radio- und Fernsehgesetz sowie die Stipendieninitiative lehnen wir wegen der Mehrbelastungen für die Wirtschaft ab. Die Abstimmungsempfehlung der AIHK ist daher ganz einfach: Stimmen Sie zu diesen drei Vorlagen dreimal Nein!

Grosse bürgerliche Delegation nach Bern wählen

Und was die Wahlen in diesem Herbst angeht, ist eines klar: Wir wollen, dass möglichst viele wirtschaftsfreundliche Politiker gewählt werden. Die letzten Wahlergebnisse lassen hoffen!

Unser Ziel im Wahlherbst 15 ist es, den zusätzlichen 16. Sitz für den Aargau im Nationalrat bürgerlich zu besetzen.



Stilvolles Netzwerk: wie immer blieb auch genügend Zeit für angeregte Gespräche.

ausser Ihnen kann glaubwürdiger vermitteln, was es braucht, damit der Wohlstand als Grundlage des Glücks für alle in diesem Land erhalten bleibt.

In diesem Zusammenhang danke ich Ihnen für Ihre Unterstützung gegen die wohlstandsgefährdende Erbschaftsteuer, die am 14. Juni zur

Im Ständerat wollen wir die ungeteilte bürgerliche Standesstimme zurückholen. Bei dieser Wahl unterstützt die AIHK deshalb die bürgerlichen Kandidaten Ruth Humbel, Hansjörg Knecht und Philipp Müller.

10 FRAGEN AN

Prof. Dr. Kathrin Altwegg



Im Anschluss an den ordentlichen Teil der Generalversammlung kamen die Gäste in den Genuss eines Referats von Prof. Dr. Kathrin Altwegg. Die AIHK hat bei der erfolgreichen Astrophysikerin nachgefragt.

Mein Beruf ... ist Physikerin mit Schwerpunkt Kometenforschung.

Rosetta ... ist eine absolut verrückte, aber tolle Mission der Europäischen Weltraumagentur zum Kometen «Chury».

Ausserirdische ... gibt es sicher irgendwo da draussen. Nur werden wir kaum je mit ihnen Kontakt aufnehmen können, da uns Zeit und Distanz daran hindern.

Die Schweizer Wirtschaft ... ist die ideale Partnerschaft für Universitäten, um Weltrauminstrumente zu bauen, da sie vor allem in den KMU über extrem wertvolle Kompetenzen verfügt.

Eine Frauenquote ... hat Vor- und Nachteile. Die Gleichstellung der Frau ohne Quote ist zu bevorzugen, allerdings nimmt das leider enorm viel Zeit in Anspruch. Dabei verliere ich dann öfters die Geduld.

Frauen und MINT-Berufe: Viele Technologien wären menschenfreundlicher – genauso wie die Arbeitswelt – wären mehr Frauen in diesen Fächern involviert.

Was ich als Kind werden wollte ... Tierarzt, Kapitän, Archäologe, wunderschön, wenn einem noch alles offen steht.

Die AIHK ... nehme ich als sehr anregend und vielseitig wahr.

Mit dem Aargau verbinde ich ... meine frühe Kindheit, wohnten doch meine Grosseltern, die ich über alles liebte, in Aarau.

Mein Lebensmotto: Nur den Humor nicht verlieren ...

SCHLUSSPUNKT

«Jeder kann wütend werden, das ist einfach. Aber wütend auf den Richtigen zu sein, im richtigen Mass, zur richtigen Zeit, zum richtigen Zweck und auf die richtige Art, das ist schwer.»

Aristoteles, 384 – 322 v. Chr., griechischer Philosoph



David Sassan Müller, lic. iur., Rechtsanwalt
Juristischer Mitarbeiter der AIHK, Aarau

Strategie zur «Quadratur des Kreises» nötig

Seit die Masseneinwanderungsinitiative im Februar 2014 angenommen wurde, wird über deren Umsetzung debattiert. Am 28. Mai 2015 endete die Vernehmlassungsfrist zum bundesrätlichen Umsetzungsvorschlag. Dabei hat auch die AIHK, welche die Initiative aktiv bekämpft hatte, Stellung genommen. Keine einfache Vorlage, schliesslich lauern innen- als auch aussenpolitische Stolpersteine. Es bedarf daher einer durchdachten Strategie.

Die mit einer knappen Mehrheit am 9. Februar 2014 in die Bundesverfassung (BV) aufgenommene Bestimmung (Art. 121a BV) verlangt in erster Linie eine autonome, eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Obwohl die AIHK im Vorfeld engagiert gegen die Masseneinwanderungsinitiative gekämpft hat, gilt es diesen demokratischen Entscheid zu respektieren und umzusetzen. Die neue BV-Bestimmung verlangt, dass auf Gesetzesstufe ein Zulassungssystem für alle Ausländer, mit jährlichen Höchstzahlen und Kontingenten sowie – bei Erwerbstätigkeit – unter Berücksichtigung des Vorrangs von Schweizern einzuführen ist. Laut der dazugehörigen Übergangsbestimmung (Art. 197 Ziff. 11 BV) hat die Umsetzung innert drei Jahren zu erfolgen, wobei innert dieser Frist auch die einem solchen System widersprechenden völkerrechtlichen Verträge neu zu verhandeln sind. Was geschehen soll, wenn die geforderten Neuverhandlungen scheitern, ist in der BV nicht geregelt.

Drei-Säulen-Konzept

Etwa ein Jahr nach Einführung der beiden vorgenannten BV-Bestimmungen, nämlich am 11. Februar 2015, präsentierte der Bundesrat einen Vorschlag zur Umsetzung. Das Vernehmlassungsverfahren dazu endete am 28. Mai 2015.

Das Umsetzungskonzept des Bundesrates basiert auf drei Säulen: erste Säule – Anpassungen der Gesetzgebung; zweite Säule – Anpassung völkerrechtlicher Verträge; dritte Säule – Begleitmassnahmen. Die AIHK unterstützt

dieses Drei-Säulen-Konzept im Wesentlichen, wobei die in die Vernehmlassung geschickten Vorlagen lediglich Teile der ersten, respektive dritten Säule sind. Parallel dazu versucht der Bundesrat mit der EU über eine Anpassung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) zu verhandeln (zweite Säule). Das heute geltende FZA als Teil des Vertragspaketes Bilaterale I ist mit den Forderungen von Art. 121a BV nämlich inkompatibel. Die zweite Säule bildet also die zentrale Stütze der Umsetzung. Mit ihr steht oder fällt das gesamte Konstrukt. Vor diesem Hintergrund wird klar, dass derzeit viele Fragen offen sind und eine abschliessende Beurteilung erst möglich sein wird, wenn das nicht vorhersehbare Resultat der Verhandlungen über die Anpassung des FZA vorliegt.

Bilateralen Weg weiter gehen

Die Schweiz ist und war – schon aufgrund der geographischen Lage im Herzen Westeuropas – stets auf Kooperation mit ihren Nachbarn ausgerichtet. Das wird künftig ebenso sein. So unterstützt die AIHK grundsätzlich die vom Bundesrat vorgesehene Weiterführung eines dualen Systems mit einer privilegierten Zulassung von Angehörigen der EU/EFTA-Staaten.

Für unsere stark exportorientierte Industrie ist der möglichst diskriminierungsfreie Zugang zum EU-Markt äusserst wichtig. Der Erhalt des Bilateralen Weges ist insofern sehr bedeutend für die AIHK. Aus verhandlungsstrategischer Sicht ist jedoch festzuhalten, dass der Erhalt der

Bilateralen Verträge ebenfalls stark im Interesse der EU liegen dürfte. Trotz konsequent ablehnender Haltung der EU was Neuverhandlungen anbelangt (wohl auch aus taktischen Gründen), sollte ein gewisser Spielraum für die von Volk und Ständen verlangten Nachverhandlungen bestehen. Die Bilateralen Verträge liegen schliesslich im gegenseitigen Interesse beider

«Verhandlungen sind unumgänglich»

Parteien sind aber – wie für Verträge typisch – nicht für alle Ewigkeit in Stein gemeisselt, sondern erlauben einvernehmlich zu findende Anpassungen.

Schutzklausel-Modell

Bei der zweiten Säule hält sich der Bundesrat bisher bedeckt. Dies wohl nicht ganz zu Unrecht, stehen ihrer Errichtung doch die grössten – sowohl innen- wie auch aussenpolitischen – Stolpersteine im Weg. Innenpolitisch fehlt ein Basiskonsens, wie die neue BV-Norm umzusetzen ist. Für die Regierung in einer Konkordanzdemokratie eine äusserst ungünstige Ausgangslage. Aussenpolitisch steht die kleine, global unbedeutende Schweiz der grossen, mächtigen EU mit ihren heute 28 Mitgliedstaaten gegenüber; David gegen Goliath.

Die EU scheint auf der Personenfreizügigkeit als eine der Grundfreiheiten des Europäischen Binnenmarktes zu bestehen. Dass die Schweiz als Nicht-EU-Mitglied im Binnenmarkt gar nicht voll integriert ist und der freie Personenverkehr sogar unter EU-Mitgliedern umstritten ist, ändert augenscheinlich nichts an der strikten Haltung gegenüber ersten diplomatischen Annäherungsversuchen der Schweiz.

Die Nettozuwanderung in die Schweiz umfasste im Jahr nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative immer noch fast 80 000 Menschen und der erst kürzlich publizierte Wanderungssaldo im ersten Quartal des laufenden Jahres lag (trotz Frankenstärke) bei 22 942 Personen. Die Zuwanderung in die Schweiz ist im Jahr nach Annahme

Aktuelle Zahlen

Im Abstimmungskampf zur Masseneinwanderungsinitiative war die Zahl der jährlichen Nettozuwanderung von 80 000 omnipräsent. Die aktuell wichtigsten Kennwerte sehen wie folgt aus:

▪ Nettozuwanderung 2014:	78 902
(2013)	(81 084)
▪ Grenzgänger per	
31.12.2014:	287 145
(31.12.2013)	(278 534)
▪ Nettozuwanderung	
1. Quartal 2015:	22 942

Quelle: BFM & BFS

der Initiative ausserordentlich hoch und auf längere Sicht kaum in dieser Dimension verkraftbar. Die Zahlen liegen jenseits aller Erwartungen zum Zeitpunkt des SZA-Vertragsschlusses für die Bilateralen I. Die AIHK plädiert daher für die Idee zur Einführung eines «Schutzklausel»-Modells, welches bei Überschreitung einer gewissen Schwelle die Zuwanderung aus EU-Staaten plafoniert. Für die Bemessung des Schwellenwertes liesse sich beispielsweise auf den EU-Durchschnitt abstellen. Das FZA würde sodann analog geltendem Recht weiterhin gelten, solange diese Schwelle nicht erreicht ist. Derartige Schutzklauselmechanismen kennt die EU bereits im Verkehr mit der Schweiz und sogar innerhalb ihrer Mitgliedstaaten. Entsprechende Anpassungen des FZA erscheinen da-

«Schutzklausel als Grundstein der zweiten Säule»

her realistisch. Gleichzeitig würde ein solches System zu einer Reduktion der Zuwanderung führen und so den Zweck von Art. 121a BV erfüllen. Dieses Modell wäre ein solider Grundstein für die zweite Säule und damit für das gesamte künftige Zuwanderungssystem. Es bedarf jedoch einer in sich konsistenten Strategie für die Verhandlungen, welche auf dieses Ziel ausgerichtet ist. Dass die Regierung die Verhandlungsstrategie nicht bis ins letzte Detail in der breiten Öffentlichkeit diskutieren kann und will, mag für

unsere Konkordanzdemokratie ungeohnt sein, ist aber nachvollziehbar. Wahrscheinlich hat das Volk am Schluss das Ergebnis zu beurteilen. Die Forderung nach einem Schutzklausel-Modell ist ausserdem verbunden mit der Hoffnung auf ein schlussendlich flexibles, den Arbeitsmarktbedürfnissen – und damit den gesamtwirtschaftlichen Interessen – Rechnung tragendes System.

Was die Detailfragen rund um das einzuführende Zulassungssystem anbelangt, so ist für die AIHK eine möglichst unbürokratische Umsetzung von zentraler Bedeutung. Die Wirtschaft sollte in der aktuell herausfordernden Situation nicht unnötig belastet werden und es gilt ein unnötiges Anwachsen staatlicher Institutionen zu verhindern. Die AIHK unterstützt eine pragmatische, ziel- und zweckorientierte Umsetzung der neuen BV-Bestimmung. So liesse sich die Zuwanderung mit einer Schutzklausel eigenständig steuern und nötigenfalls beschränken, dies aber unter Wahrung der gesamtwirtschaftlichen Interessen. In diesem Sinne hat sich die AIHK im Rahmen der Vernehmlassung positioniert und wird sich auch künftig so engagieren.

FAZIT

Die Schweiz ist gezwungen, mit der EU über die Personenfreizügigkeit nachzuverhandeln. Dabei gilt es nach dem Wortlaut der BV einerseits die gesamtwirtschaftlichen Interessen, zu denen der Erhalt des Bilateralen Weges gehört, zu wahren und andererseits die Zuwanderung zu bremsen sowie bei deren Steuerung wieder eine gewisse Autonomie zu erlangen. Ohne durchdachte Strategie mit klarem Ziel, wird diese «Quadratur des Kreises» nicht gelingen. Die AIHK sieht im «Schutzklausel»-Modell eine realistische Chance, weshalb die AIHK vom Bundesrat verlangt, darauf hin zu arbeiten. Eine abschliessende Beurteilung des Konstrukts zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative folgt dann, wenn dessen drei tragende Säulen stehen und deren Stabilität einschätzbar sein wird.

WILLKOMMEN IN DER AIHK

20 neue Mitglieder

Die AIHK zählt mehr als 1600 Mitgliedsunternehmen. Im ersten Quartal 2015 konnten wir folgende Firmen neu als Mitglied begrüßen:

- **A-Security GmbH, Lenzburg**
www.a-security.ch
- **allXpert AG, Aarau**
www.allxpert.ch
- **B + H Baumontagen Bolliger und Hunziker, Reitnau**
- **Bienen Meier AG, Künten**
www.bienen-meier.ch
- **Confides Law GmbH, Aarau**
www.confideslaw.ch
- **Elma Schmidbauer Suisse AG, Mägenwil**
www.elma-suisse.ch
- **Expateer GmbH, Hirschthal**
www.expateer.ch
- **Felixx AG, Cham ZG**
www.felixxag.ch
- **Haselhome AG, c/o Beat Hunziker, Aarau**
- **Hinneburg Swiss AG, Brugg**
www.hinneburg.ch
- **MTR Tief- und Rückbau AG, Pratteln BL**
www.mtrag.ch
- **naneos particle solutions GmbH, Windisch**
www.naneos.ch
- **NewPro AG, Lenzburg**
www.newpro.ch
- **Outplacement50plus GmbH, Birmenstorf**
www.outplacement50plus.com
- **Rudolf Maurer AG, Gontenschwil**
www.rudolf-maurer-ag.ch
- **Schmocker + Sägesser AG, Wettingen**
www.sundsag.ch
- **Sintratec GmbH, Brugg**
www.sintratec.com
- **Talias AG Personal- und Unternehmensberatung, Baden**
www.talias.ch
- **Toptima AG, Aarau**
www.toptima.ch
- **Winern Immobilien AG, Wettingen**

Serie: Am Puls der Jungunternehmer
IM Sibold GmbH, Brugg, gegründet 2013

«Es ist ein tolles Gefühl, sein eigener Chef zu sein»

Sie sind innovativ, couragiert und manchmal auch ein bisschen verrückt – Jungunternehmer. Unsere Wirtschaft ist auf den Erfindergeist und das Engagement neuer Marktteilnehmer angewiesen. Die AIHK hat sich im Kreise ihrer Mitglieder umgehört und wollte wissen, was die Jungunternehmer antreibt, welche Klippen sie zu umschiffen haben und welche Ziele sie verfolgen. Heute im Fokus ist die IM Sibold GmbH mit Geschäftsführer Beat Sibold.



Beat Sibold, IM Sibold GmbH. (Bild: zVg.)

Beat Sibold, wieso hat der Markt ausgerechnet auf das Jungunternehmen IM Sibold GmbH gewartet?

Es ist ein grosses Bedürfnis der Wirtschaft, bei Personalengpässen, Auftragsspitzen oder für Revisionsarbeiten externe Verstärkung zuzuziehen. Die IM Sibold GmbH bietet hier die passende Lösung.

«IM» steht für Interim Management; Sie übernehmen also einfach die Leitung eines fremden Unternehmens für eine bestimmte Zeit oder wie muss sich die Leserschaft Ihre Dienstleistung genau vorstellen?

Beim ersten Auftrag habe ich selber als Interimsmanager (COO) in der Geschäftsleitung einer Kundenfirma überbrückt, bis ein neuer Kadermann gefunden und eingearbeitet war. Heute zählt die IM Sibold GmbH 46 Mitarbeitende in drei Segmenten. Da sind zum einen die Interimsmanager, die als Projektleiter oder GL-Mitglieder bei unseren Kunden tätig sind. Ich selber führe auch noch ein kleines Mandat aus. Zum Kerngeschäft haben sich

Revisionsarbeiten in den Schweizer Kernkraftwerken entwickelt. Dort und auch beim Aufbau von Forschungsanlagen im PSI sind hohe Qualitätsanforderungen an unsere Mitarbeitenden gestellt. Auch in der Maschinenindustrie sind unsere Dienstleistungen immer mehr gefragt. Als drittes Standbein bieten wir Payroll-Dienstleistungen an.

Wie sind Sie auf diese Geschäftsidee gekommen?

Die Wirtschaft pulsiert immer schneller und die Aufträge müssen innert kürzester Zeit erledigt sein. Da stossen viele Firmen an Kapazitätsgrenzen und brauchen externe Dienstleistungen. Dies wurde mir immer mehr bewusst.

Haben Sie bereits andere Erfahrungen als Unternehmer oder ist das Ihre erste Firma?

Ich war über 25 Jahre im Kader einer KMU und habe sehr aktiv beim Aufbau dieser Firma mitarbeiten können. Die letzten fünf Jahre war ich dort als Geschäftsführer für 300 Mitarbeitende verantwortlich.

Schon mit 20 Jahren wollte ich ein Squash-Center im unteren Aaretal

ZUM JUNGUNTERNEHMEN

IM Sibold GmbH

- **Sitz:** Brugg
- **Gründungsjahr:** 2013
- **Idee:** Interim-Management / Fachpersonal / Payrolling
- **Webseite:** www.im-sibold.ch

aufbauen. Mit der IM Sibold GmbH gründete ich nun meine erste eigene Firma.

Mit welchen Gefühlen blicken Sie auf Ihre Startphase zurück?

Obwohl ich vom Geschäftsmodell überzeugt war, brauchte es am Anfang Mut und sehr viel Engagement. Grosse Unterstützung hatte ich von meiner Familie und speziell von meiner Frau, welche mir den Rücken frei hielt und heute in der Administration mitarbeitet. Jetzt sind wir gut aufgestellt und die Prozesse sind eingespielt. So kann ich mit der nötigen Ruhe an der Weiterentwicklung der Firma arbeiten.

Was waren die grössten Schwierigkeiten auf dem Weg zum eigenen Unternehmen?

Die grösste Herausforderung war die Menge der vielen einzelnen Aktivitäten. Vom Businessplan über die Infrastruktur, Versicherungen bis zur Rekrutierung neuer Mitarbeiter und der Akquisition mussten jeweils die richtigen Prioritäten gesetzt werden.

Würden Sie den Schritt noch einmal wagen? Wieso?

Ja, auf jeden Fall. Es ist ein tolles Gefühl, sein eigener Chef zu sein. So kann ich die Firmenkultur sowie die Strategie selber gestalten.

Gibt es Ihr Unternehmen in 10 Jahren auch noch?

Aber sicher! Ich komme dann zwar bald ins Pensionsalter und habe hoffentlich die Nachfolge geregelt. Ich werde aber weiterhin mitwirken, so lange es die Gesundheit erlaubt.

Haben Sie einen Rat für künftige Jungunternehmer?

Um nicht Schiffbruch zu erleiden, muss das Businessmodell gut durchdacht und konservativ kalkuliert werden. Präsentieren Sie Ihr Businessmodell einem kritischen Freund. Wenn Sie danach immer noch überzeugt sind, ziehen Sie es durch.

Haben Sie noch weitere Geschäftsideen?

Die verrate ich noch nicht – es laufen jedoch schon verschiedene Gespräche und Studien. (Interview: su.)